

Krauter Zeitung.

Nr. 172.

Dienstag den 30. Juli

1861.

Die „Krauter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abon-

V. Jahrgang.

nementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Mr., mit Versendung 5 fl. 25 Mr. — Die einzelne Nummer wird mit 2 Mr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Seite für die erste Einrichtung 7 kr., für jede weitere Einrichtung 3½ kr.; Stempelgebühr für jed. Einrichtung 30 kr.

Nedaktion: Nr. 423 an den Plakaten, Nr. — Insert-Bestellungen und Gelder übernehmen die Administration der „Krauter Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Kraakau, 30. Juli.

Über die Vorgänge in der Sitzung des Abgeordnetenhauses v. 26. schreibt ein Wiener Corr. der Prager Bohemia: Es war schon vor längerer Zeit den Mitgliedern der Majorität aufgefallen, warum Doctor Brauner, von dem man doch wußte, daß er in Grundsätzlichen Fragen, in Beobachtungen eine gewiegte Capa-

schwär getadelte, und auch die Coterie der „Národní Listy“ ist in nicht geringer Verlegenheit, denn diese kann es nicht leugnen, daß die ganze Scene eine abgekarrte gewesen sei, da man sich in diesem Kreise schon Tags vorher erzählte, daß Freitag im Reichsrat etwas losgehen werde, und bevor noch eine te-

legraphische Nachricht eingetroffen sein konnte, war diese Coterie schon davon unterrichtet, daß die Czechen und praktischen Studien dieser Fragen beschäftigte, was den Reichsrathssaal verlassen haben. Wie man ver-

rum Doctor Brauner sich schon vor acht Tagen zurücknimmt, wird den beiden deutschen Deputirten aus

Böhmen, Brinz und Steffens, eine Vertrauens-

adresse vorbereitet. Sehr energisch spricht sich über

generellen Ansichten über das Lebenwesen und die Be-

deutung des Gesetzenwurfs für sein specielles Vater-

land dem Hause vorzutragen, wollte er Doctor Mühl-

seld, der schon vor sechs Tagen gesprochen, in seinem Weise entgegen, wie er es heute hat, wo die Entgeg-

nung nicht mehr an der Zeit war, warum hatte er

nicht schon damals um das Wort gemeldet? Das

Haus, das 27 Redner und ihre langwierigen Eviden-

tzen ohne den mindesten Widerstand angehört hatte,

doch war gewiß dem achtundzwanzigsten Redner nicht

das Wort geweigt! — Aber heute ist das Rätsel gelöst — Dr. Brauner sollte, wenn alle kampfsläufigen

Truppen, über welche die Rechte zu verfügen bat, ins

Treffen gegangen und zurückgeschlagen waren, als der

Redner, der hatte die Rolle übernommen, die Spe-

zialdebatte neuerdings zum Lummelpaß derselben

Theorien und Anschauungen zu machen, welche die

Majorität durch ihr gestriges Votum wenigstens in

dieser Frage zum Schweigen gebracht glaubte. Und

dies ist der Grund, warum Herr Brauner mit solcher

Beharrlichkeit das Wort sich gleichsam erwang. Schon

nach der ersten halben Stunde ward die Majorität

über dieses neuerliche Heranziehen genereller Fragen

ungebührlich; der Präsident Hein, diesmal ausnahms-

weise sehr sanft, bat den Redner, doch bei der Sache

zu bleiben. — Er wiederholte diese Bitte, dieses Er-

suchen viermal in Paulen von einer Viertel, von

einer halben Stunde; Herr Brauner aber ließ sich

nicht im mindesten irre machen und je ungeduldiger

der Präsident und das Haus wurde, je eifriger man

Dr. Hein mit dem Vicepräsidenten von Haß

berathen sah, desto eifriger sprach Herr Brau-

ner berathen sah,

§. 3. Vom Tage der Rechtskraft der Auflösung des Lehenbandes zwischen Lehenherrn und Vasallen wird das Eigentum mit dem Nutzungseigenthum des Lehenprojektes vereinigt.

§. 4. In Ansehung der Nachfolge und der sonstigen Rechte und Pflichten der Mitglieder einer vasalitischen Familien unter einander bleiben jedoch die Lehen gesetze so lange in Kraft, als nach zur Nachfolge in das Lehen berufen, zur Zeit der Kundmachung dieses Gesetzes bereits erzeugte Personen (§. 22 a. b. G. B.) vorhanden sind.

Das Lehenobjekt wird demnach in der Regel erst dann ein vom Lehenbande völlig freies Eigentum, wenn entweder die lebende dieser Personen in dessen Besitz gelangt, oder keine derselben mehr vorhanden ist. Doch steht dem Vasallen frei, das vollständige Eigentum des Lehenprojektes, insfern es in einem liegenden, Gute besteht und nicht mit dem Fideicommiss- oder Substitutionsfonds behaftet ist, sotz dadurch zu erlangen, daß er denselben ein Entschädigungscapital für die Anwärter substituiert. Der 100fache Steuerwert der Realität nach Abzug der darauf haftenden Lehenpassiva bildet das zu substituierende Lehenkapital, ist vom Todestag des Vasallens mit 5% zu verzinsen und wird auf dem Lehenobjekte gleichzeitig mit dem Freimachungsberkenntnis von Amtswegen sicher gestellt. In Ansehung der Nachfolge und Ansprüche der vasalitischen Familie auf das Substitutionskapital gelten die im vorhergehenden Absatz enthaltenen Bestimmungen.

Den zur Lehnennachfolge noch berufenen Personen bleibt jedoch überlassen, den zwischen ihnen bestehenden Lehenverband durch freies Uebereinkommen auch noch früher aufzuheben und das Lehenobjekt in freies Eigentum umzuwandeln.

Rechte aus dem Fideicommissinstitute in Ansehung der Lehen, die zugleich mit dem Fideicommissbande behaftet sind, bleiben unberührt.

Landtags-Angelegenheiten.

Der Beschluss über das Verhältnis des dreieinigen Königreichs Dalmatien, Kroatien und Slavonien zur Krone und zum Königreiche Ungarn lautet, in der vom Landtag angenommenen Formulierung nach der „Agr. B.“ wie folgt: §. 1. Das dreieinige Königreich Dalmatien, Kroatien und Slavonien in seinem gegenwärtigen Territorialumsange, wozu die Komitate gehörten: das Istramer mit der Stadt Iiume und ihrem Distrikte und dem librigen Littorale, das Ugramer, Barasdiner, Kreuzer, Pozeganner, Birovitzer und Symrier und die jekige Militärgrenze, d. i. 8 kroatische und drei slavonische Regimenter, namentlich das Istramer, Otozamer, Oguliner, Sluiner, das 1. und 2. Banaler, Kreuzer und St. Georgir, ferner das Broder, Gradislauer und Peterwardeiner; so wie auch hier zu verstehen ist das Recht auf die Murijet und die virtualen Territorialrechte dieses Königreichs — erklärte durch seinen in der Hauptstadt Agram tagenden Landtag, daß zu Folge der Ereignisse des Jahres 1848 jeder wie immer heisende gesetzgebende oder administrative oder judiciale Verband zwischen dem dreieinigen Königreiche Dalmatien, Kroatien und Slavonien und zwischen dem Königreiche Ungarn rechtlich vollkommen aufgehört habe, außer, daß Se. Majestät, ihr gemeinschaftlicher König, nach ihren bis zum Jahre 1848 gemeinsamen Gefügen, nach den für das dreieinige Königreich Ungarn bis Ende des Jahres 1847 zu standen, insoweit sie einer oben erklärten Selbstständigkeit und Unabhängigkeit mittelbar oder unmittelbar nicht widerstreiten. Erwähnd jedoch seine mit dem ungarischen Königreiche gehabte gemeinsame Vergangenheit und daß früher gemeinschaftliche konstitutionelle Leben und ebenso erwähnd die Gemeinsamkeit der Interessen bezüglich der Erhaltung und Entwicklung der konstitutionellen Freiheit, erklärt das dreieinige Königreich Dalmatien, Kroatien und Slavonien, bei Beratung der Allerhöchsten k. Proposition vom 26. Februar 1861, mit welcher es aufgefordert wird, seine Wünsche und Ansichten in Betreff auf sein Verhältnis zum Königreiche Ungarn kundzugeben, kraft dieses seines Landtagsbeschlusses; daß es bereit sei, gegen gemeinschaftlichen Nutzen und Bedarf mit dem Königreiche Ungarn in einen noch engeren staatsrechtlichen Verband zu treten, sobald von Seite des ungarischen Königreichs die oben angeführte Unabhängigkeit und Selbstständigkeit und ebenso der oben angeführte reale und virtuale Territorialumsang des dreieinigen Königreichs rechtskräftig anerkannt sein werden. §. 3. Der bezeichnete staatsrechtliche Verband zwischen dem dreieinigen Königreich Dalmatien, Kroatien und Slavonien und dem Königreiche Ungarn sollte aber auf Basis seiner vollen uralten Verfassung, dann der oben erwähnten Unabhängigkeit des dreieinigen Königreichs und seiner staatlichen Gleichberechtigung, begründet sein auf gemeinsame Gesetzgebung und einer nach dieser organisierten obersten Verwaltung, eingestrafft auf jene Staatsangelegenheiten, welche durch den Verbandsvertrag genauer festgestellt werden sollen. §. 4. Die Gesetzgebung und die oberste Verwaltung in politischen, Unterrichts-, Kultus- und Instanzangelegenheiten, so wie die Gerichtsbarkeit in allen Instanzen können nicht Gegenstand des engeren Verbandes zwischen dem dreieinigen und dem Königreiche Ungarn sein und können in der Frage des gegenseitigen Verhältnisses dieses Königreiches nicht zur Verhandlung gelangen. §. 5. Sobald der Landtag des Königreichs Ungarn für dieorts thätig gewesen sein.

Principe dieses Beschlusses sich erklärt, werden von einer wie von der andern Seite Deputationen aus Landtagsmitgliedern in gleicher Zahl bestehend, abgeordnet zu dem Zwecke, um, auf einem besonderen, durch gegenseitige Befreiung bestimmten Orte zusammenzukommen, einen genauen Vertrag über den staatsrechtlichen Verband auszuarbeiten und ihn den betreffenden Landtagen zur Genehmigung vorzulegen.

Morgen (Mittwoch) wird aller Wahrscheinlichkeit nach in Pest eine Sitzung des Unterhauses zur Beurtheilung über die Antwort auf das königliche Rescript stattfinden. Ob die Antwort in die Form einer Adress oder eines Beschlusses bekleidet sein wird,

das läßt sich noch nicht bestimmen. Während Pester Korrespondenzen der Wiener Blätter berichten, die

Beschlußpartei habe die Oberhand, erklärt „Magyar Sojto“, in Pest finde es Ledermann am natürlichsten,

Gute besteht und nicht mit dem Fideicommiss- oder Substitutionsfonds behaftet ist, sotz dadurch zu erlangen, daß er den genannten Journale, „wir könnten keine andere Meinung hören, als daß wir wieder eine Adresse hinausschicken, ob sie nun Erfolg haben werde oder nicht. Wir würden nicht recht handeln, wenn wir die Leser der großen europäischen Blätter absichtlich in dem irrtigen Glauben ließen, daß unsere Adresse von den deutschen Ministern durch uns vorbehaltenen ausdrückliche Geseze widerlegt wurde. Nicht antworten und zwar in einer Weise, welche die größte

Publizität erlangen kann, biße so viel, wie auf die Gelegenheit verzichten, welche für uns auf moralischem Gebiet den Sieg vollenden werde.“ Es hat demnach den Anschein, als neige man sich in Pest einem vermittelnden Standpunkte zu, der aber immer noch die

Beschaffung des Reichsrathes und der Verzichtsleistung auf die unbedingte Anerkennung der Geseze von 1848 ausschließt. Mit dem Entwurf der Antwortadresse auf das Rescript ist bekanntlich Deak betraut; wie verlautet, wird derselbe die Nichtbeschickung des Reichsrathes beantragen. Das Ministerium wird, wenn diese neue Adresse abermals auf einen Standpunkt fügt, welchen das Rescript als einen durchaus unannehbaren bezeichnete, sich kaum in weitere schriftliche Diskussionen mit dem Pester Unterhause einlassen, und dürfte denn doch zur Auflösung der Versammlung und zu einem neuen Appell an das Land selbst schreiten.

In Siebenbürgen werden, wie erwähnt, mit Nächstem die directen Wahlen für den Reichsrath ausgeschrieben werden; es ist nach den bisherigen Kundgebungen der öffentlichen Meinung in jenem Lande mit Sicherheit zu erwarten, daß die Sachsen und Rumänen zu den Wahlen schreiten und daß trotz der un-

ausbleiblichen Proteste der magyarischen Partei binnen Kurzem siebenbürgische Reichsräthe, wenn auch nicht in der vollen Zahl von zwanzig, nach Wien kommen werden. Im kroatisch-slavonischen Landtag gelangt heute (Dinstag) die königliche Proposition wegen Bezeichnung des Reichsrathes zur Verhandlung. Wenn

so läßt sich doch vorausschließen, daß die Discussion über jenen Gegenstand die Beziehungen Kroatiens zu Ungarn sowohl als zum Gesamtstaate klären und die Perspektive in eine Lösung der kroatischen Frage im Sinne der Gesamtverfassung eröffnen werde. Ein Wiener Correspondent des „Pester Lloyd“ will wissen,

daß die Auflösung des Istriane Landtages nicht lange vereinzelt bleiben, sondern daß binnen Kurzem auch

einige und für das Königreich Ungarn verabredeten besonderen Krönungsdiplomen auch als dalmat.-kroato-slavon. König und zwar nach dem freien Willen der Nation des dreieinigen Königreichs mit einer und derselben Krone und einem und demselben Krönungs-

akte, wie als ungarischer König gekrönt werden sollte; und daß diesem dreieinigen Königreiche außer seinen besonderen Grunds- Staats- und Verfassungsrechten auch alle öffentlichen Rechte zustehen, welche dem Königreiche Ungarn bis Ende des Jahres 1847 zu-

standen, insoweit sie einer oben erklärten Selbstständigkeit und Unabhängigkeit mittelbar oder unmittelbar nicht widerstreiten. Erwähnd jedoch seine mit dem ungarischen Königreiche gehabte gemeinsame Ver-

gangenheit und daß früher gemeinschaftliche konstitutive Leben und ebenso erwähnd die Gemeinsamkeit der Interessen bezüglich der Erhaltung und Entwicklung der konstitutionellen Freiheit, erklärt das dreieinige Königreich Dalmatien, Kroatien und Slavonien, bei Beratung der Allerhöchsten k. Proposition vom

26. Februar 1861, mit welcher es aufgefordert wird, seine Wünsche und Ansichten in Betreff auf sein Ver-

hältnis zum Königreiche Ungarn kundzugeben, kraft die-

ses seines Landtagsbeschlusses; daß es bereit sei, gegen

gemeinschaftlichen Nutzen und Bedarf mit dem Königreiche Ungarn in einen noch engeren staatsrechtlichen Verband zu treten, sobald von Seite des ungarischen Königreichs die oben angeführte Unabhängigkeit und

Selbstständigkeit und ebenso der oben angeführte reale und virtuale Territorialumsang des dreieinigen Königreichs anerkannt sein werden. §. 3. Der bezeichnete staatsrechtliche Verband zwischen dem dreieinigen Königreich Dalmatien, Kroatien und Slavonien und dem Königreiche Ungarn sollte aber auf Basis seiner vollen uralten Verfassung, dann der oben erwähnten Unabhängigkeit des dreieinigen Königreichs und seiner staatlichen Gleichberechtigung, begründet sein auf gemeinsame Gesetzgebung und einer nach dieser organisierten obersten Verwaltung, eingestrafft auf

jene Staatsangelegenheiten, welche durch den Verbandsvertrag genauer festgestellt werden sollen. §. 4. Die

gesetzgebung und die oberste Verwaltung in politischen, Unterrichts-, Kultus- und Instanzangelegenheiten, so wie die Gerichtsbarkeit in allen Instanzen können nicht

Gegenstand des engeren Verbandes zwischen dem dreieinigen und dem Königreiche Ungarn sein und können in der Frage des gegenseitigen Verhältnisses dieses Königreiches nicht zur Verhandlung gelangen. §. 5. So-

baron Bay wurde in Esath, Borsoder Comitat, zum Reichstagsdeputirten gewählt.

Am 26. d. wurde in Pest ein gewisser Paul Turi verhaftet. Wie der „Magyar Sojto“ erzählt, war der

selbe Major in der Honvéd-Armee gewesen, stürzte

nach den Donaufürstenthümern und Constanțopol, und lehrte jüngsthin nach Pest zurück, um junge

Leute für die ungarische Legion in Italien anzuwerben und sammelte zu diesem Zwecke auch Geld. In glei-

cher Mission soll derselbe schon im vorigen Jahre dort-

Vor Kurzem haben hervorragende Männer Böhmen sich zu einem Comit's constituit und als solches um die Erlaubnis nachgesucht, für die hinterlassene Tochter Havlicek eine öffentliche Subscription zu veranstalten zu dürfen. Dieses Comité, bestehend aus Rieger, Polack, Brauner, Bürgermeister Pštros, Prof. Purkyne, Vicebürgermeister Belsky und Dr. Podlipsky haben nun die Erlaubnis erhalten und veröffentlichten in den böhmischen Blättern einen Aufruf an ihre Landsleute sich an dieser Subscription zu beteiligen.

Deutschland.

Der Tag der Krönung des Königs von Preußen in Königsberg ist amtlich noch nicht festgestellt; jetzt heißt es, daß die Feier am 15. October, dem Geburtstage weiland Königs Friedrich Wilhelm IV., an welchem diesem auch zu Berlin 1840 gebuhldigt wurde, der Einzug in Berlin bereits am 18. October, dem Jahrestage der Leipziger Völkerschlacht und der Geburt des Kronprinzen erfolgen werde.

Wie der „Elbers. Btg.“ von hier geschrieben wird, hat der König von Preußen aus eigenen Mitteln die Witwenapanage der Königin Elisabeth um das Doppelte ihres Betrages nach den Hausgezehn des königlichen Hauses, nämlich bis auf 200,000 Thlr. erhöht.

Graf Montalembert, schreibt die A. Pr. B. ist am 24. d. in der alten Bischofsstadt Hildesheim gewesen. Pläne, wie sie Posener Nachrichten seiner Reise beilegten, als werbe er für eine große Kundgebung zu Gunsten der weltlichen Papstgewalt u. hat er in Hildesheim nicht verrathen. Mit der dortigen Geistlichkeit verkehrte er gar nicht, sondern nur mit Graf Montalembert, mit der der Graf beschäftigt ist. Von Hildesheim ist er zunächst nach Corva gereist, um zu demselben Zweck die dortige reiche Bibliothek zu benutzen, auf der er mit Hofmann von Fallersleben zusammenstreffen wird, der bekanntlich seit Kurzem jener Bibliothek vorsteht.

Das herzogliche Kreisgericht zu Dessau hat den Bank-Präsident Nulandt gegen Hinterlegung einer Kavution von 10,000 Thlr. von der Untersuchungshaft freigelassen. Ans Freiburg schreibt man dem „Schwäb. Mercur“, daß dort wahrscheinlich noch in diesem Jahre das im J. 1851 heruntergenommene Rothe-Denkmal zu demselben Zweck die dortige reiche Bibliothek wieder aufgerichtet werden wird.

Frankreich.

Paris, 26. Juli. Die halbmäthlichen Blätter sind mit Brüchen von Vichy angefüllt. Der Kaiser hat befohlen, daß dieser Badeort bedeutend verschönert werde. Wie die „Patrie“ erzählt, hat er mit höchster Hand den Plan dazu gezeichnet und diesem Orte so den Stempel seiner eigenen Größe aufgedrückt. Das „Pays“ meint, Vichy werde jetzt ein zweites Baden werden und könnte demselben schon nächsten Sommer ernsthafte Concurrenz machen. — Gestern hat wie der „Moniteur“ berichtet, eine Gedächtnissfeier in der Kirche zu Napoleon Saint Leu Statt gefunden, wo der Vater des Kaisers, der am 25. Juli 1846 in Livorno gestorbene König (von Holland) Ludwig Bonaparte, begraben liegt. Der Unterpräfect des Bezirks Pontaise, der Maire der Stadt und die Ortsbehörden, eine Deputation alter Soldaten des ersten Kaiserreiches und eine große Menschenmenge aus der Umgegend, wo das Denken des Königs so populär geblieben ist, wohnten dieser frommstinen Ceremonie bei. Ih. Majestäten halten sich durch den Marschall Bajant vertreten lassen. — Aus London läßt sich der „Moniteur“ berichten, der großartige Erfolg der neuesten Eisenbahn-Obligations-Subscription errege in den finanziellen Kreisen „große Bewunderung“ und werde als ein neuer Beweis für die rasche Kapitalzunahme unter dem Kaiserreich betrachtet. Der „Monitor“ publicirt heute den Vertrag, den der Finanzminister mit der kaiserlichen Messagerie-Compagnie über die Beförderung der Post von Suez nach Indien und China abgeschlossen hat, und das von der Legislative am 17. Juni genehmigte Gesetz, welches die finanziellen Bestimmungen jenes Vertrages in Kraft setzt; desgleichen einen Bericht des Unterrichts-Ministers an den Kaiser über die Verbesserung der Elementar-Schullehrer-Gehälter. — Die verschiedenen Angaben über die gegenwärtigen Aufenthalte des Fürsten Metternich erklären sich dadurch, daß derselbe allerdings in Trouville aufhält, aber gestern für einen Tag nach Paris zurückgekommen war. Er ist heute wieder nach dem Seebade zurückgekehrt. — Marquis Lavazlette befindet sich zu Besuch bei der Prinzessin Mathilde in St. Gratian bei Paris. — Herr v. Billewicz, Chef-Redacteur des „Figaro“, wird von nun an Herr Cartier heißen, es sei denn, daß derselbe Appel gegen das gestern ausgesprochene Urteil einlegte und sein aristokratischer Name ihm in höherer Instanz erhalten würde. Diese an sich unbedeutende Sache hat hier die Umriss eines Tages-Ereignisses angenommen, und es ist dieses nur dadurch erklärlich, daß der „Figaro“ von jeher seinen Erfolg und seinen Einfluß gerade nicht dem besonderen Cultus der Nächstenliebe und der christlichen Nachsicht mit den Fehlern und Schwächen Anderer zu verdanken hat. Es sind wenig Leute hier, welche dem Chef-Redacteur dieses auf Scandal und Persönlichkeiten spezialirenden Blattes nicht die Lection gönnen, wodurch er, der sich auf seinen altadeligen Ursprung quand même so viel zu Gutthat, zum Sohne einer ganz gewöhnlichen Kammerjungfer degradirt wird. — Der Prozeß gegen den jugendlichen Schriftsteller Mendez, den Verfasser des „Roman d'une heure“, kam heute vor das Zuchtpolizei-Gericht. Mendez wurde wegen Beleidigung der Wahrheit mit Mäßigung und Urteil zu gebrauchen. Weiter will ich mich über diesen Gegenstand und über andere Fragen, die in den letzten 20 Jahren öffentlichen Moral zu einem Monat Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe verurtheilt, und sein Vater für die Kosten civilrechtlich verantwortlich erklärt, da der

Sohn noch minderjährig ist. Sein Vater wurde des Vergehens, seinen Sohn nicht sorgfältig genug überwacht zu haben, schuldig erklärt. In Saar- Bonnes hat ein Stallmeister des Kaisers Zimmer vom 1. August an gemietet. Die Kaiserin wird in den ersten vierzehn Tagen des nächsten Monats in Saar- Bonnes erwartet. — Der französische Gesandtschaft-Secretär, der bis jetzt noch in Neapel geblieben war, ist von Herrn Thouvenel abberufen worden. — Aus den französischen Departements wird nach Paris berichtet, daß bei den letzten Wahlen die Bulletins der Regierungs-Candidaten an verschiedenen Orten unfrankirt von der Post befördert wurden, während alle Bulletins der Opposition, die nicht frankirt waren, nicht an die Adressanten gelangten. Man sieht, daß die „große Nation“ sich wunderbar politischer Zustände erfreut. — Dem „Eduard“ zufolge wäre Bacapelle's Geschwader nach den Hyères gegangen, wo es weitere Weisungen erhalten soll.

Wie man der Allg. B. schreibt, wird die französische Regierung demnächst von dem Staatsrathe den Entwurf eines neuen Handelsgegeschubus ausarbeiten lassen. Die gegenwärtige Handelsgesetzgebung aus den Zeiten der Prohibition ist nämlich unvereinbar mit den liberalen Verkehrsgrundzügen und den Tarifreformen. Unlängst hat der Präsident des hiesigen Handelsgerichtes darauf aufmerksam gemacht und einen neuen Code du Commerce als ein dringendes Bedürfnis der Handelswelt bezeichnet. Das Institut der Wechselagenten wird wesentliche Veränderungen zu Gunsten des freien Verkehrs auf der Börse erleiden. Die beeideten offiziellen Waaren- und Produktenmärkte werden gänzlich abgeschafft. Das neue Gesetzbuch soll in der nächsten Session von den Kammern votiert werden.

Schweiz.

Im Schweizer Nationalrat haben am 22. d. die Verhandlungen über die den nach Erlaß des Vergegesetzes vom 30. Juli 1859 in fremden Kriegsdienst eingetretenen Schweizern zu gewährende Amnestie begonnen. Eine auf dem Kanzleitische liegende Botchaft des Bundesrats beantragt Tagesordnung; mit ihr gehe die Majorität der Kommission einig, weil das Vorhandensein einer jeden Entschuldigung mit vollstem Recht bestritten werden könnte. Seit bald 30 Jahren sei schon so viel und so oft gegen das Werben und Reislaufen geschrieben und gesprochen worden, da es auch in der entferntesten Hüte als etwas bekannt war, daß von der größten Zahl der Bürger als politisch und moralisch verwerthlich angesehen wurde. Die Minorität dagegen will „über alle dem Erlaß gegenwärtigen Bundesbeschluß vorausgegangene Zuwidderhandlungen gegen Art. 1 des Gesetzes vom 30. Juli 1859 Amnestie aussprechen“.

Großbritannien.

London, 25. Juli. Der Kriegsminister Lord Herbert hat nun förmlich abgedankt und die Austauschungen innerhalb des Ministeriums nehmen nun ihren Anfang. Sir George Cornwall Lewis, bisher Minister; Sir George Grey, bisher Kanzler des Herzogthums Lancaster, wird Minister des Innern (er war schon früher, Mitte der 50er Jahre); Mr. Cardwell, bisher Secretär für Irland, wird Kanzler von Lancaster und Sir Robert Peel (nicht Mr. Chichester Fortescue, wie es Anfangs hieß) wird Secretär für England. Man beißt sich also mit den alten, längst vorhandenen Kräften, weil man keine neuen hat. Nur Sir Rob. Peel ist ein frisches Element. Die Whigs stellen sich hierdurch ein nicht wegzidisputirendes Argument aus.

Lord John Russell, oder wie er von nun an genannt wird: Earl Russell, hielt am 23. versprochen seinen Citywählern eine Abschiedrede in der Guildhall, die lange vor der anberaumten Stunde mit Neugierigern gefüllt war. Er wurde mit stürmischem Beifall empfangen und war von vielen seiner alten Cityfreunde begleitet, unter ihnen Sir James Duke, Sir David Dundas, Sir A. Rothschild und mehrere Aldermen. Aus seiner Rede heben wir folgende Stelle hervor: Es war beim Beginn des grossen Kampfes zwischen Schatzoll und Freihandel, daß ich zum ersten Male vor Ihnen erschien. Sie unterstützten mich damals mit aller Macht, und obwohl wir das erste Mal unterlagen, trug das von uns vertretene Freihandelsprincip doch den Sieg davon. Seitdem wurden die Kornzölle abgeschafft, sind die Differenzialzölle für Zucker und Baumwolle gefallen. Wir haben ferner für religiöse Toleranz den Kampf mit unseren politischen Gegnern aufgenommen. Er hat Jahre lang gedauert, aber wir haben endlich die Genugthuung genossen, unseren jüdischen Mitbürgern die Thore des Parlaments geöffnet zu haben. Endlich standen wir einander, wo es sich um weitere Parlamentsreformen handelte, und hier

eben wird der Dank seiner Wähler votirt, und damit waren die Verhandlungen geschlossen.

Die Vertragung des britischen Parlaments wird wahrscheinlich schon am 6. August erfolgen, auf keinen Fall aber durch die Königin in Person. Das übliche ministerielle Fischessen in Greenwich findet am 31. d. M. statt; der Sprecher hat den Beamten des Parlaments schon am 26. das gebräuchliche Abschiedsdiener gegeben.

Königreich der Niederlande.

Nach einem heftigen parlamentarischen Kampfe hat die zweite Kammer der Niederlande das neue Miszegesetz mit 36 gegen 23 Stimmen angenommen. Die Stärke der Miliz bleibt unverändert 55,000 Mann, wird aber mit dem siegenden Herrn verschmolzen. Die Gesetzeswürfe über Ablösung des Stadtrates Zolles und über Entlöschung von drei Millionen Gulden Staatschulden sind ebenfalls angenommen. Auch der Plan zur Abschaffung der Schatzschweine, die eine fictive Schuld bilden, ist in Berücksichtigung des gegenwärtig so blühenden Zustandes der niederländischen Finanzen von der zweiten Kammer genehmigt worden.

Italien.

In Gargnano, einem bedeutenden Marktstück am Lago di Garda, Provinz Brescia, fand dieser Tage ein sörmlicher Aufstand der dortigen Einwohner statt. Sie rotteten sich in Massen zusammen, unter dem Geschrei „Morte ai Piemontesi, Viva i Tedeschi, siamo stanchi di essere derubati dai Peltrai (wir sind es müde, von den Zingierern ausgeraubt zu werden)“ gerügt wurden sie alle piemontesischen Insignien, und die Wuth des Volkes war so groß, daß dasselbe dem dortigen Polizeikommissär den Garau machen wollte. Es gelang diesem jedoch sich aus dem Staub zu machen. Es mußte die bewaffnete Macht der umliegenden Ortschaften aufgeboten werden, welcher es nach einem kurzen Handgemenge gelang, den Aufstand zu dämpfen. Es fanden Verwundungen und Verhaftungen statt.

Der „A. A. 3.“ wird aus Florenz geschrieben, daß Burioni, welcher den Deutschen als protestantischer Prediger vorgeführt wurde, zur katholischen Konfession zurückgeführt ist, nachdem seine von ihm gegründete „Freie italienische evangelische Kirche“ und ihr Glaubensbekenntnis schon vor Monaten eingegangen. Er hat mit dem Uebertritt die Verpflichtung übernommen, gegen den Protestantismus zu schreiben.

Die öffentliche Stimmung, schreibt man der „Kölischen Zeitung“ aus Rom 20. Juli, beschäftigt sich hier gegenwärtig fast weniger mit den eigenen Angelegenheiten, als mit dem Reactions-Kampfe im Neapolitanischen. Zu den letzten Tagen zogen sich mehrere Insurgenten-Corps in den Gebirgen von Avella (District Nola) zusammen. Vorgestern stieß noch eine Abteilung von 800 Bourbonisten zu ihnen, worauf die einzelnen Führer ihre Truppen Revue passieren ließen. Dabei überall starke Requisitionen an Getreide und Schlachtwieh! Die gebirgige Grenzschiede der Provinzen Aquila und Ceramo ist in der Hothmäßigkeit der Insurgenten, welche von dort aus bald diesen, bald jenen Marktstücken plünderten.

In den näheren Districten Umbriens hat sich, besonders in Terni, die römische Emigration niedergelassen und agitiert aufs Patrimonium. Der Bischof Puzzi von Nuroi war angeklagt, sich zum Nachtheil der patriotischen Bestrebungen derer in Terni, wie nicht weniger der eigenen Diözesen an die Spione verhaftet und zu dem Ende ein

höchst aufreizendes, geheimes Kundschreiben an die Pfarrer und Beichtiger in Umlauf gesetzt zu haben. Die florentiner Blätter, wie die „Nazione“, drangen auf die Deportation des Bischofs. Doch vorgestern erklärte derselbe, nie ein Circular der Art erlassen zu haben, geschweige einer Conspiration nahe zu stehen.

Die Marseiller Telegraphen-Agentur berichtet aus Rom, 23. Juli, einen neuen Handel Franz II. Derselbe hat die farnezinischen Gärten verkauft, und zwar an die französische Regierung. Dieselbe Agentur meldet: „Die neapolitanischen Blätter berichten über zahlreiche partielle Gefechte. Der Aufstand von Nola bestätigt sich. Die Calabren haben gezogene Gewehre und Schießbaumwolle als Munition erhalten. Noch zeigt man nicht, ob sie mit dem Gesamtplan in den Operationen der Reaction einverstanden sind.“ General Gialdini hat 30.000 Gewehre verteilen lassen. General Pinelli sucht das Gebirge von Matei abzusperren. Italienische Truppen werden an der Südgrenze des päpstlichen Gebietes zusammengezogen.“

Die Contre-Revolution in Neapel, schreibt man der „Donau-Zeitung“, hat noch nicht ihr letztes Wort gesprochen, und beinahe könnte man sie mit dem Riesen Anteus vergleichen, der zu Boden geworfen, sich stets wieder in neuer Kraft erhebt. Noch behaupten sich die Königlichen in Avellino und Ariano, sowie in mehreren andern mehr oder minder bedeutenden Dörfern der Provinz Principato ulteriore; noch haben sie die Oberhand in Terra di Lavoro, und in Calabrien haben sie die Piemontesen nach langem blutigen Kampfe bei Isola aufs Haupt geschlagen. In den Provinzen Reggio und Potenza hat sich die Mehrzahl der Districten für Franz II. erklärt, und auch in der Provinz Capitanata weht die weiße Fahne an mehr als einem Orte. Auf der Ebene von Eboli haben 700 Piemontesen die Waffen gestreckt, und der vielgerühmte Sieg der Fremden in Montefalcione hat sich nachgerade in eine Niederlage derselben verwandelt. Beim Marchion ist am 18. d. M. ein ganzes piemontesisches Detachement gefangen genommen worden. In Kurin gibt man für keinen Täuschungen über den Ernst der Lage hin, und bietet Alles auf, um sie zu befreien. Ob man in der Wahl der Mittel sehr glücklich ist, lassen wir dahin gestellt sein. In Neapel lassen Gialdini und Pinelli nach Herzengenuss füllirend und verhaftend, und in den andern annexirten Provinzen werden die Soldaten der ehemaligen neapolitanischen Armee von den piemontesischen Offizieren wie Schlägen dummsten Kettensäumen entsetzlich wüthet. Rück- und da auf dem Boden zerstreut umher. Die ganz erhaltenen

sichtlos werden aber doch alle politisch Verdächtigen wie vor eingesperrt, und oft hat sie der Tod erfüllt, ehe die Richtigkeit der oft lächerlichen gegen sie erhobenen Anklagen sich herausstellte. Der Besitz eines Bildes irgend eines Mitgliedes der königlichen Familie ist in den Augen des Herrn Spaventa eines der strafwürdigsten Verbrechen, für welches er bereits Hunderte einsperren und Monate lang sitzen ließ.

Der „A. A. 3.“ zufolge bieten die Nachrichten aus den neapolitanischen Provinzen ein wüstes Durcheinander von Gefechten, Füssirungen, Plündерungen, Raub und Mord. Die in der Provinz Avellino geschlagenen Königlichen haben sich im Walde von Pietrazzano mit zahlreichen aus den Capitanaten kommenden Banden vereinigt und den Truppen noch einmal, bei Montecatone, aber ebenfalls ohne günstigen Erfolg ein Treffen geliefert. Der Krieg ist dort, wie man sieht, noch keineswegs beendet, und so drohend, daß der zur Belebung von drei Millionen Gulden Staatschulden sind ebenfalls angenommen. Auch der Plan zur Abschaffung der Schatzschweine, die eine fictive Schuld bilden, ist in Berücksichtigung des gegenwärtig so blühenden Zustandes der niederländischen Finanzen von der zweiten Kammer genehmigt worden.

Die Trauerfeierlichkeit für den Fürsten Adam Czartoryski betreffend wird der „Schles. Ztg.“ aus Warschau folgendes mitgetheilt: Während man hier im Publicum glaubt, die Sache sei vom Erzbischof angeregt und nur durch dessen Energie bei der Regierung durchgesetzt worden, liegen die unwiderlegbaren Beweise vor, daß die Regierung selbst mit der loyalen Zuverlässigkeit der geistlichen Behörde die Erlaubnis zu einem Trauergottesdienste angeboten hat. Auch bei dieser Gelegenheit hat die Regierung ihre Toleranz bewahrt, obgleich Fürst Czartoryski seit den zwanziger Jahren als entschiedener Feind Russlands bekannt und während der Revolution die längste Zeit das Haupt der polnischen Regierung war. Trotzdem hat man, die älteren Verdienste des Fürsten und dessen Stellung in den Augen der mit der Regierung unversöhnlichen Polen in Betracht ziehend, die Abhaltung einer solennen und großartigen Trauerfeier gestattet und hierzu sogar nach folgenden Dokumenten von oben her die Initiative ergriffen: 1. An Se. Erzbischöflichen Gnaden. Wm. Ew. Gnaden sicherlich bekannt ist, ist die betrübende Nachricht vom Tode des Fürsten Adam Czartoryski nach Warschau gelangt. Aus diesem Unfälle habe ich die Ehre, Ew. erzbischöflichen Gnaden anzugeben, daß, im Fall die Absicht bestünde, aus dieser Veranlassung einen Trauergottesdienst abzuhalten, die Regierung ihrerseits nichts dagegen zu erinnern hätte. Ich verbleibe mit tiefer Achtung Ew. erzbischöflichen Gnaden ergebenster Diener. (Unter.) A. Wielopolski. Warschau,

19. Juli 1861. 2. Sr. Ew. Herr Marquis Wielopolski. Gebrauch machend von Ew. Exell. gültiger Mittheilung, daß die Regierung gegen die Abhaltung eines Trauergottesdienstes für die Seelenruh. des selig verstorbenen Fürsten Adam Czartoryski nichts einzubringen haben würde, habe ich die Ehre, Ihnen anzusegnen, daß ein solcher Gottesdienst in der Metropolitankirche zu St. Johann in Warschau am 22. d. M. und 3. um 10 Uhr früh, abgehalten werden wird. Bei dieser Gelegenheit sage ich den Ausdruck meiner hohen Verehrung bei, womit ich für Ew. Markgraf. Ex. verbarbe als deren ergebenster Diener P. Fajkowski, Erzbischof von Warschau. Warschau, 20.

Juli 1861. Die bekannte Differenz zwischen General Suchozanetti und Marquis Wielopolski hat mit einem vollständigen Sieg des Letzteren geendigt, indem nicht nur der Augustower Gouverneur, der die beiden früher gesuchten Personen verhaftete, amovirt, sondern wie jetzt aus Warschau berichtet wird, auch diese selbst, welche bereits auf der Reise nach Sibirien waren, zurückgebracht wurden.

Die bekannte Differenz zwischen General Suchozanetti und Marquis Wielopolski hat mit einem vollständigen Sieg des Letzteren geendigt, indem nicht nur der Augustower Gouverneur, der die beiden früher gesuchten Personen verhaftete, amovirt, sondern wie jetzt aus Warschau berichtet wird, auch diese selbst, welche bereits auf der Reise nach Sibirien waren, zurückgebracht wurden.

Amerika.

In Cadiz ist am 25. Juli die Antillenpost mit

Nachrichten aus der Havannah bis zum 6. Juli einschließlich, die selbst die Blätter der Italianissimi machen, die entmutigendste, die sich denken läßt. Dass unter solchen Umständen die Contrarevolution fortwährend neue Kräfte gewinnt, ist nur eine natürliche Folge unnatürlicher Verhältnisse.

Der „A. A. 3.“ zufolge bieten die Nachrichten aus den neapolitanischen Provinzen ein wüstes Durcheinander von Gefechten, Füssirungen, Plündерungen, Raub und Mord. Die in der Provinz Avellino geschlagenen Königlichen haben sich im Walde von Pietrazzano mit zahlreichen aus den Capitanaten kommenden Banden vereinigt und den Truppen noch einmal, bei Montecatone, aber ebenfalls ohne günstigen Erfolg ein Treffen geliefert. Der Krieg ist dort, wie man sieht, noch keineswegs beendet, und so drohend, daß der zur Belebung von drei Millionen Gulden Staatschulden sind ebenfalls angenommen. Auch der Plan zur Abschaffung der Schatzschweine, die eine fictive Schuld bilden, ist in Berücksichtigung des gegenwärtig so blühenden Zustandes der niederländischen Finanzen von der zweiten Kammer genehmigt worden.

Die Trauerfeierlichkeit für den Fürsten Adam Czartoryski betreffend wird der „Schles. Ztg.“ aus Warschau folgendes mitgetheilt: Während man hier im Publicum glaubt, die Sache sei vom Erzbischof angeregt und nur durch dessen Energie bei der Regierung durchgesetzt worden, liegen die unwiderlegbaren Beweise vor, daß die Regierung selbst mit der loyalen Zuverlässigkeit der geistlichen Behörde die Erlaubnis zu einem Trauergottesdienste angeboten hat. Auch bei dieser Gelegenheit hat die Regierung ihre Toleranz bewahrt, obgleich Fürst Czartoryski seit den zwanziger Jahren als entschiedener Feind Russlands bekannt und während der Revolution die längste Zeit das Haupt der polnischen Regierung war. Trotzdem hat man, die älteren Verdienste des Fürsten und dessen Stellung in den Augen der mit der Regierung unversöhnlichen Polen in Betracht ziehend, die Abhaltung einer solennen und großartigen Trauerfeier gestattet und hierzu sogar nach folgenden Dokumenten von oben her die Initiative ergriffen: 1. An Se. Erzbischöflichen Gnaden. Wm. Ew. Gnaden sicherlich bekannt ist, ist die betrübende Nachricht vom Tode des Fürsten Adam Czartoryski nach Warschau gelangt. Aus diesem Unfälle habe ich die Ehre, Ew. erzbischöflichen Gnaden anzugeben, daß, im Fall die Absicht bestünde, aus dieser Veranlassung einen Trauergottesdienst abzuhalten, die Regierung ihrerseits nichts dagegen zu erinnern hätte. Ich verbleibe mit tiefer Achtung Ew. erzbischöflichen Gnaden ergebenster Diener. (Unter.) A. Wielopolski. Warschau,

19. Juli 1861. 2. Sr. Ew. Herr Marquis Wielopolski. Gebrauch machend von Ew. Exell. gültiger Mittheilung, daß die Regierung gegen die Abhaltung eines Trauergottesdienstes für die Seelenruh. des selig verstorbenen Fürsten Adam Czartoryski nichts einzubringen haben würde, habe ich die Ehre, Ihnen anzusegnen, daß ein solcher Gottesdienst in der Metropolitankirche zu St. Johann in Warschau am 22. d. M. und 3. um 10 Uhr früh, abgehalten werden wird. Bei dieser Gelegenheit sage ich den Ausdruck meiner hohen Verehrung bei, womit ich für Ew. Markgraf. Ex. verbarbe als deren ergebenster Diener P. Fajkowski, Erzbischof von Warschau. Warschau, 20.

Juli 1861. Die bekannte Differenz zwischen General Suchozanetti und Marquis Wielopolski hat mit einem vollständigen Sieg des Letzteren geendigt, indem nicht nur der Augustower Gouverneur, der die beiden früher gesuchten Personen verhaftete, amovirt, sondern wie jetzt aus Warschau berichtet wird, auch diese selbst, welche bereits auf der Reise nach Sibirien waren, zurückgebracht wurden.

Die bekannte Differenz zwischen General Suchozanetti und Marquis Wielopolski hat mit einem vollständigen Sieg des Letzteren geendigt, indem nicht nur der Augustower Gouverneur, der die beiden früher gesuchten Personen verhaftete, amovirt, sondern wie jetzt aus Warschau berichtet wird, auch diese selbst, welche bereits auf der Reise nach Sibirien waren, zurückgebracht wurden.

Amerika.

In Cadiz ist am 25. Juli die Antillenpost mit

haben noch eine gut conservirte Glasur, die sie besser als das übrige Gebein vor Zersetzung bewahrt.

Zu den lebten diesen Sommer so häufigen Unglücksfällen beim Baden in der Weichsel, die wir seiner Zeit gemeldet, bringt der „Gaz“ einen neuen. Zwei junge Leute badeten vergangenen Donnerstag gegen 8 Uhr Abends in der Weichsel etwas oberhalb der Lubawa-Mündung. Die Strömung trieb sie in die Mitte der Weichsel fort, schon waren sie fast unter dem Wasser verschwunden, als der Zimmermann Mr. Skocza sich unentleidet von der Galeere aus ihnen nachführte und einen der Unterwasser nahm mit Hilfe der beiden ihn lenkenden Fischer den Retter und Geretteten auf. Den anderen trieb das Wasser weiter und schon schwiegen er, nicht mehr über dem Wasser sichtbar, rettungslos verloren, als der Wärter der Damenbadanstalt ihm mit seinem Boote näherte und ihn glücklich aus dem Wasser holte. Eine strengere Auflistung von Seiten der Polizei mache in früheren Jahren, an den Badeorten, sowohl die Aufstellung von Rettungsbooten an den Ufern der Weichsel wäre angezeigt. Ebenso noch wäre eine solche Wache in der Nähe des für das weibliche Geschlecht bestimmten Badeorts am Zwierzynice, da man sich über die Störung durch Annäherung von Mannsleuten in jener Gegend und durch Militär, das sich in ganzen Abteilungen in der Nähe jenes Ortes befindet, beklagt. Eine solche Auflistung würde auch einer anderen Klage ein Ende machen, daß nämlich in das städtische Badehaus Hunde mitgebracht werden, die den ab- und zugehenden Badenden die Kleider beprühen.

Das Comité der galizisch-agronomischen Gesellschaft erhielt in Folge seiner Eingabe vom 25. v. M. in Betreff der Heuschecken-Berüfung aus dem h. Präsidium der k. k. Statthalterei in Lemberg einen vom 20. d. batr. Befehl folgenden Inhalts: Wiederholt ist, wie dies schon durch Rundschreiben vom 5. Mai geschehen, den betreffenden Bezirksoberhaupten und Kreisämtern anbefohlen worden, sich mit den vom Comité bezeichneten Grundbesitzern über die Anwendung der geeigneten Mittel zur Vernichtung der Heuschecken zu berathen, solche ungefähr, energisch und mit Zuhilfeziehung der nötigen Arbeitskräfte aus den benachbarten Gemeinden und von Seiten der Eigentümern des größeren Grundbesitzes ohne Rücksicht auf die Kreisbehörde, auch wenn sie von der Plage noch nicht beheimatet sind, vorzunehmen. Das Präsidium kann keine Remuneration für die dieserart gehabte Mühselwaltung so wie eine Entschädigung für Verluste ertheilen, insoweit zur Abwendung einer allgemeinen Plage die Arbeitskräfte unentgeltlich zu liefern sind und für Erfolg des Gesamtmaßnahmen die Geldmittel nicht ausreichen würden. Im Falle einer hieraus entstandenen Verarmung ganzer Gemeinden und eines Mangels an Lebensmitteln oder Saatcorn wird nach den betreffenden Vorrichtungen vorgegangen werden. Wenn hinwieder Grundbesitzern durch Vorbeugung einer Verbreitung des Heuschecken in Vernichtung von Erdprodukten Schaden erlitten auf von dem Infekt nicht angegriffenen Grund und Boden, so sind für diesen Fall die unteren Behörden angewiesen, solchen zu tapeten, immer unter Hinziehung der genannten Mitglieder des agronomischen Vereins. In diesen Fällen wird das Präsidium sich zu Beauftragung einer rechtsbilligen Entschädigungs-Bewilligung an ein h. Staatsministerium wenden. Endlich ist betroffen der in den benachbarten Provinzen Russlands ausgetretenen Heuscheckenbrut ein entsprechender Aufruf an das k. k. Biclonjat in Bessarabien gerichtet worden.

* Die „Neuesten Nachrichten“ erhielten eine Correspondenz aus Lemberg, in welcher berichtet wird, daß in Stanislau Rübegebungen stattgehabt hätten und mehrere unpopuläre Personen ermordet worden wären. In Folge amtlicher Erhebungen hat sich, wie die „N. N.“ jetzt berichtigend mittheilen herausgestellt, daß diese Angaben in ihrer Welenheit unrichtig, bezüglich der Rübegebungen aber beim Kreisvorsteher Östermann ganzlich aus der Lust geprägt seien. Die Rübegebung beschränkte sich auf die Wahrheit gemäß darauf, daß vier freiblühende Bewohner der Stadt von einzelnen unbekannten Individuen zur Nachtzeit, wahrscheinlich aus Muthwillen, einige Fenstersteine eingeschlagen wurden.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Die österreichische Kreditanstalt hat ihre halbjährige Bilanz gemacht, über die Singes gerüchtweise verlautet, was zu einer höhern Dividende eröffnet. Die Anstalt hat von ihrem 60 Millionen Francs betragenden Effektenbestand 10 Mill. Francs verkauft und damit einen Gewinn realisiert, der als ein gänzliches Einkommen des Aktienkapitals dekt. Es bleibt nun der Antrag des Bankgutes und was das zweite Semester bringen wird, als Superdividende in Aussicht.

Wien, 28. Juli. National-Anlehen zu 5% mit Jänner-Goupe. 80.70 Gelb, 80.80 Waare, mit April-Goupe. 80.90 Gelb, 81.— Waare — Neues Anlehen vom 3. 1860 zu 500 fl. 84.05 Gelb, 84.10 Waare, zu 100 fl. 88.30 G. 88.40 W. — Galizische Grundstücks-Obligationen zu 5% 65.75 G. 66.25 W. 67.47. — W.

— Aktien der Nationalbank (pr. Süd) 745. — G. 747. — W.

— der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 173.20 G. 173.40 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. EM. 1953. — G. 1955. — W. — der Galiz.-Karlsbad-W.-Bahn zu 200 fl. EM. m. 140 (70%) Ginz. 147.75 G.

148.— W. — Wechsel auf (3 Monate). Frankfurt a. M. für 100 Gulden Süd. W. 116.90 G. 117. — W. — London, für 10 Pfd. Sterling 138.35 G. 138.60 W. — K. Minzbalen 6.60 G. 6.60 W. — Kronen 19. — G. 19.05 W. — Napoleonbors. 11.03 G. 11.05 W. — Russ. Imperiale 11.34 G.

11.36 W. — Vereinsthaler 2.06 1/2 G. 2.07 W. — Silber 127. — G. 127.5 W.

Kratauer Cours am 29. Juli. Silber-Mittel Agio 1/2 poln. 111 verl., 1/2 poln. 109 ges. — Poln. Bonknoten für 100 fl. österr. Währung fl. 100. — 348 verlangt, 341 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 72% verlangt, 72 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 1.137.50 verlangt, 136.50 bezahlt. — Russische Imperials fl. 11.12 verlangt, 10.92 bezahlt. — Österreichische Dukaten fl. 6.50 verl., 6.40 bezahlt. — Österreichische Pfund-Dukaten fl. 6.00 verl., 6.50 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Goupe. fl. v. 100 1/2 verl., 99 1/2 bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Goupe. fl. v. 100 1/2 verl., 99 1/2 bezahlt. — Österreichische Pfandbriefe nebst lauf. Goupe. fl. v. 100 1/2 verl., 99 1/2 bezahlt. — Galizische Pfandbriefe nebst lauf. Goupe. fl. v. 100 1/2 verl., 99 1/2 bezahlt. — Gründelastungs-Obligationen in österreichischer Währung fl. 87% verlangt, 86% bezahlt. — National-Anlehn. von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 80 1/2 verl., 79 1/2 bezahlt. — Aktien der Karls-Ludwigsbahn, ohne Goupe und mit der Einzahlung 70% fl.

